

Rudolf Scharping (Hg.): Demokratische Medien – der Mensch im Mittelpunkt. Für eine humane und soziale Informationsgesellschaft. Dokumentation der Reden und Podiumsdiskussionen der SPD-Medienkonferenz vom 5. Mai 1995

Marburg: Schüren 1995, 176 S., ISBN 3-89472-137-5, DM 18,-

„...das erinnert ja doch sehr an die Mitte der achtziger Jahre, wo Sie ja auch zu Gange waren“ (S.105), stichelte Klaus Heinz Mertens, der in unumwundener Polemik versierte Programmdirektor Information bei SAT.1, und traf mit zielsicherer Intuition Tenor und Dilemma der gesamten Medienkonferenz, die die SPD am 5. Mai 1995 abhielt und die hier – zumal recht nachlässig ediert – dokumentiert ist. Doch der Moderator, der umtriebige Medienpolitiker der SPD, Peter Glotz, schmeichelte sich auch diese Spitze zum Kompliment und bejahte mit peinlicher Selbstgefälligkeit seinen Anteil.

So blieben Motto wie Thema dieser Tagung bis auf wenige Ausnahmen konventionell langweilig, überständig und wenig perspektivreich, was obligatorisches Selbstlob nicht behinderte: Vorgebliche Experten reihten ein bekanntes Argument ans andere, nicht selten eine Phrase an die nächste, schön eingepackt vom einvernehmlichen 'Wir', ohne daß sie registrierten, wie hohl und vorgestrig sie klangen. Wieder einmal bestätigt sich: Gesprochene Phrasen taugen selten zur Dokumentation. Aber grundsätzlicher noch: Unfreiwillig beweist die SPD erneut, daß sie in der Medienpolitik nichts Konzeptionelles mehr zu Wege bringt und – auch dies indiziert dieses Bändchen wohl eher unabsichtlich – daß ein halbes Jahr in der Politik, erst recht in der Medienpolitik, vieles obsolet werden läßt.

Zwar listete ihr damals noch amtierender Vorsitzender Scharping im Eingangreferat – weit ausholend – viele anstehenden Fragen und Aufgaben der Politik auf, die es zu lösen gelte, um die „Bürgerrechte in eine veränderte Informationswelt [zu] verlängern“ – so der Titel –, um „die Informationsgesellschaft nicht verkommen zu lassen zu einem reinen Kommerz- und Berieselungsverein“

(S.27), sparte dabei aber nicht an all den sympathischen Orientierungen, die schon den Titel dieses Bändchens zieren; zwar brüstete sich in einem weiteren Referat ein Vertreter der Telekom, des „größten europäischen Telekommunikationsunternehmens“ (S.86), das zusammen mit France Telecom und US-Sprint weltweite „Player“-Ambitionen habe (S.92), damit, „in der Bundesrepublik eine Telekommunikationsinfrastruktur bereit[zustellen], die zumindest von Experten außerhalb unseres Landes als vorbildlich bezeichnet wird“ (S.86); zwar bekannte sich der Geschäftsführer einer VEBACOM-GmbH auf dem zweiten Podium ungeniert dazu, mit allen Multimedia-Versionen möglichst direkt und schnell Geld zu machen („wir wollen Marktakzeptanz, Kunden, Kunden, Kunden“) – aber die SPD-Konferenz blieb – nicht nur wegen der noch aktuellen Zerschlagungsdrohung der ARD durch Biedenkopf und Stoiber – lieber beim bewährten medienpolitischen Allerweltsspiel, das sich seit Jahren um Quoten, Gebühren, Werbung im Fernsehen und ein wenig um Konzentration bei den Konzernen dreht.

Intoniert hatte es die Ferschkritikerin Barbara Sichtermann mit ihrem Plädoyer für endlich werbefreie öffentlich-rechtliche Programme, weil nur diese Qualität und informationelle Grundversorgung garantieren könnten. ORB-Intentant Rosenbauer sekundierte mit der – zum wievielten Mal erhobenen? – Forderung nach Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wovon sich letztere im wesentlichen in einem werbefreien Kinderkanal, einem kritischen Verbraucherkanal und – man staune! – in einem interaktiven Bildungskanal, auch für die „bei uns lebenden Ausländer“ (S.83), zu manifestieren habe. An diesen Postulaten arbeitete sich das erste Podium unter dem Thema „Veränderte Medien – veränderte Gesellschaft?“ mit routinierter Beredsamkeit ab. Zu Gesellschaftsprognosen konnte es kaum kommen, allein Freimut Duve, der sich von seinen Parteifreunden nicht mehr länger als „Untergangsprophet oder Apokalyptiker“ diffamieren lassen wollte (S.54), tritt für eine humane Medienkultur, mit Betonung auf Kultur.

Das zweite Podium unter dem Thema: „Neue Märkte – neue Medienpolitik?“ konnte sein Thema so recht nicht finden und streifte von der europäischen Medienpolitik, in der die Konzerne über den deutschen Kommissär Bangemann längst das Sagen haben, bis hin zu Glotzens (aller)letztem Argument, daß letztlich der Rezipient mit schulisch vermittelter Medienkompetenz sich selbst zu recht finden müsse. Aber selbst bei diesem wohlfeilen Ideal blieb die allenthalben betriebene sozialdemokratische Bildungs- und Wissenschaftspolitik wohlweislich außer Acht; sie hat bekanntlich jenes Ziel seit mehr als 20 Jahren kaum angemessen politisch aufgegriffen. Zuvor hatte schon Hessens Ministerpräsidenten Eichel kleinlaut eingeräumt, daß man den Medienkonzernen bei der schon jetzt herrschenden „Machtkonstellation“ politisch, also mit Regulativen, kaum mehr beikommen könne; die einzig noch mögliche politische Handlungsperspektive ergebe sich allein beim „weiteren Ausbau der öffentlich-rechtlichen Anstalten“ (S.101).

Wie diese Option in der praktischen Politik wahrgenommen wurde, exerzieren allerdings NRW-Wirtschaftsminister Clement (SPD) und Bayerns Ministerpräsident Stoiber bei der Absprache über die Eckwerte für den neuen Staatsvertrag Ende 1995 in verräterischer Einmütigkeit vor: mit einer minimalen – zumal noch ungleich zu verteilenden – Gebührenerhöhung, die bei der ARD gravierende Programmeinschnitte bewirken wird. So war es im Mai 1995 wohl unverfänglicher, über Weite oder Enge des geltenden oder künftigen Rundfunkbegriffs zu debattieren, der inzwischen – da in Europa unverständlich – nur noch als deutsche Sonderlichkeit belächelt wird.

Dabei hätten Niveau und Brisanz der Diskussion anders ausfallen können, nähme die SPD ihre eigene Programmtik (noch) ernst. Im Anhang dieses Bändchens findet sich nämlich eine Plattform, am 19. Juli 1995 von Glotz und anderen SPD-Bundestagsabgeordneten verfaßt, die „Eckwerte“ für die „Informationsgesellschaft – Medien und Information“ formuliert: Im wesentlichen sind es noch weit gespannte Postulate, sodann auch konkrete Fragen (die wohl inzwischen auch zur Beantragung der Enquete-Kommission des Bundestags herangezogen wurden), am Ende finden sich aber einige Forderungen, die – wie schon in den achtziger Jahren – den Staat „als aktiven Förderer“ sehen. Erneut zeugen sie vom überkommenen Staatsverständnis der SPD als Interventions-, Regulations-, Kompensation-, ja sogar Gestaltungskraft, das so ja kaum mehr von anderen gesellschaftlichen Gruppen geteilt wird und in der SPD selbst immer weniger Befürworter findet. Selbst die SPD-regierten Ländern wagen ja kaum mehr dessen politische Umsetzungen, und so dürften Forderungen wie die nach einem angemessenen Ausbau des Bildungswesens, der Förderung entsprechender Forschungspolitik, der Einrichtung von Pilotprojekten für Technologiefolgenabschätzung, der grundsätzlichen Berücksichtigung der sozialen Implikationen kaum aufgegriffen werden, auch dort nicht, wo sie unter Länderkompetenz fallen. Überall überwiegt interessenabhängige Standortsicherung. Daher läßt sich wohl mehr als nur befürchten, daß die Forderungen das Papier kaum mehr wert sind, auf dem sie stehen. Doch die nächste Medienkonferenz der SPD wird sich gewiß wieder in ähnlichen Euphemismen und pseudoheroischen Parolen ergehen.

Hans-Dieter Kübler (Werther/Hamburg)